

Niederschrift
über die
öffentliche Sitzung des Bezirksbeirats Neckarstadt-West
am Mittwoch, 9. Mai 2018,
im Saal des Bürgerhauses Neckarstadt
Lutherstraße 15-17, 68169 Mannheim

Anwesend:

Sitzungsleitung BBR

Stadtrat	Thorsten Riehle	SPD
----------	-----------------	-----

Stellvertretende Sitzungsleitung BBR

Stadtrat	Raymond Fojkar	GRÜNE
----------	----------------	-------

Sprecher/in

Roland Schuster	DIE LINKE
-----------------	-----------

Christian Stalf	CDU
-----------------	-----

Gabriele Thome-Schäffner	parteiunabhängig
--------------------------	------------------

Mitglied

Miriam Duttweiler	SPD
-------------------	-----

Christian Kreklau	SPD
-------------------	-----

Sven Metzmaier	DIE LINKE
----------------	-----------

Markus Sprengler	GRÜNE
------------------	-------

Karin Stefanie Urbansky	CDU
-------------------------	-----

zugeladener Bezirksbeirat

Hans Georg Dech	SPD
-----------------	-----

Stadtrat	Reinhold Götz	SPD
----------	---------------	-----

Hans Heiser	Freie Wähler ML
-------------	-----------------

	Dr. Johannes Schuler	GRÜNE
Stadtrat	Thomas Trüper	DIE LINKE
	Dennis Ulas	DIE LINKE
	Günter Wöhr	CDU
Stadtrat/Stadträtin im Bezirk		
Stadtrat	Dr. Gerhard Schäffner	BÜRGERFRAKTION
Stadtrat	Konrad Schlichter	CDU
Stadtrat	Wolfgang Taubert	Freie Wähler ML
Vertreter/in der Verwaltung		
	Harald Born	FB Sicherheit und Ordnung
	Petar Drakul	Dezernat OB
	Klaus Eberle	FB Sicherheit und Ordnung
	Klemens Hotz	FB Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
	Achim Judt	Entwicklungsgesellschaft MWSP
Gast		
	Ralf Maudanz	Polizeirevier Neckarstadt
Bezirksleitung		
	Martina Matuschewski	FB Bürgerdienste
Schriftführer/in		
	Ariane Damm	FB Rat, Beteiligung und Wahlen

Abwesend:

Sprecher/in

Holger Keck SPD

Jürgen Knödler GRÜNE

Mitglied

Felix Schmedt GRÜNE

zugeladener Bezirksbeirat

Stadtrat Ralf Eisenhauer SPD

Carmen Göth GRÜNE

Stadtrat Dirk Grunert GRÜNE

Roswitha Henz-Best CDU

Stefanie Heß GRÜNE

Barbara Kladt SPD

Ursel Kravat SPD

Claus Nielsen AfD

Tom Sauer FDP

Stadtrat/Stadträtin im Bezirk

Stadtrat Volker Beisel FDP

Stadtrat Christopher Probst Freie Wähler ML

Schriftführerin: Frau Damm

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Herr Riehle begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Duttweiler und Herrn Sprengler, die als neue Mitglieder erstmals an einer öffentlichen Sitzung teilnehmen und eröffnet die Sitzung.

Tagesordnung
- öffentlich -

- TOP: 1 **Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der Mittel**
- TOP: 2 X0173/2018
Lokale Stadterneuerung (LOS) - mündlicher Bericht der Arbeitsgruppe
Dezernat OB
- TOP: 3 BBR-SV041/2018
Jugendhaus Erlenhof
Dezernat III
- TOP: 4 X0180/2018
Videoüberwachung und Kriminalstatistik für die Neckarstadt
Dezernat I
- TOP: 5 **Anfragen / Verschiedenes**
-

TOP:1

Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der Mittel

Frau Duttweiler berichtet über das Budget und die vergebenen Beträge; das Theater Oliv erhält EUR 500,-.

Herr Riehle ermuntert die Institutionen im Stadtteil, Anträge beim BBR einzureichen.

TOP:2

X0173/2018

Lokale Stadterneuerung (LOS) - mündlicher Bericht der Arbeitsgruppe

Herr Riehle erklärt einleitend, dass künftig in den öffentlichen Sitzungen aktuell aus der AG LOS berichtet wird.

Herr Judt erläutert mit einer Präsentation die anstehenden Handlungsfelder. Der Zeitplan erstreckt sich über mehrere Jahre. Hauptaugenmerk liegt auf dem öffentlichen Raum und temporären Projekten. Man könne bereits eine positive Nachricht übermitteln: als Ergebnis der Voruntersuchung stehe fest, dass ein Sanierungsgebiet ausgewiesen werden könne, das sich von den Neckargärten/Paul-Gerhardt-Kirche bis westlich der Jungbuschbrücke erstrecken werde. Die Vorstellung im AUT und GR solle bereits im Juli erfolgen, der BBR werde entsprechend zugelassen. In den Haushalt müssen Komplementärmaßnahmen für eine Städtebauförderung eingestellt werden. Man betrachte auch weitere Felder wie ruhenden und fließenden Verkehr und gewerbliche Nutzungen sowie öffentliche Einrichtungen und Bildung. Die Stadt habe zudem ein Vorkaufsrecht, so dass Immobilienverkäufe verhindert bzw. die Immobilien einer passenden Nutzung zugeführt werden können. Ausgehend vom Alten Messplatz bis zur Jungbuschbrücke verfüge man über erste Konzepte zur Nutzung des Neckarvorlandes, die Abschlusspräsentation sei für Juni vorgesehen. Die Verbindung vom Alten Messplatz zum Neckarvorland solle gestärkt werden. Der Alte Bahnhof werde im Jahr 2018 weiter gastronomisch genutzt, danach sei aber eine andere Nutzung vorgesehen, zunächst temporär, eventuell aber auch dauerhaft. Nach dem Konzept von YallaYalla! werde dort ein Angebot für Jugendliche geschaffen, das um ein Kiosk und Fitnessangebote ergänzt werden solle. Die Realisierung solle dennoch mit möglichst geringem Mitteleinsatz möglich sein, z.B. durch Verwendung noch vorhandener, eingelagerter Gegenstände. Auch das Umfeld des MARCHIVUMS könne davon profitieren. Der öffentliche Raum beim Alten Volksbad solle aufgewertet und ggf. autofrei gestaltet werden und dadurch einen platzartigen Charakter erhalten. Eine Bebauung sei wegen verlegter Leitungen aber schwierig. Der Verein Neckarstadt Kids sei im März gegründet worden und veranstalte in Kürze mit dem Neckarstadt-Cup eine Laufveranstaltung für Kinder. Das Programm „Sommer in West“ ergänze das Veranstaltungsangebot. Der Künstler Philipp Morlock baue derzeit Stadtmöbel und installiere in den nächsten Tagen Kunstschaukästen. Der Bürgerdienst werde in die Räumlichkeiten

der ehemaligen Sparkasse einziehen, im Erdgeschoss künftig die Stadtbibliothek ansässig sein. Das Programm zum Neumarkt solle phasenweise bis 2020 umgesetzt werden.

Herr Riehle dankt für den Vortrag und die begonnenen Aktivitäten.

Herr Staf erkundigt sich, ob der Platz am Alten Bahnhof abends beleuchtet werden solle und spricht auch die Aufenthaltsqualität am Alten Messplatz an. Letzteres solle aber mit einer BBR-VzV geklärt werden.

Herr Schuster ergänzt, inwieweit die Planungen verbindlich seien bzw. noch durch einen Gemeinderatsbeschluss untermauert werden müssten und ob es eine Einbeziehung der Bevölkerung geben solle.

Herr Kreklau spricht den Zugang zum Neckar an und eventuell angedachte Verbesserungen.

Herr Sprengler lobt die vorgestellten Ideen; man dürfe aber nicht den Fehler machen wie beim Musikpark, bei dem die Aufwertung des Umfelds nicht vollständig gelungen sei.

Herr Drakul erklärt, dass möglichst schnell spürbare Verbesserungen erzielt werden sollen; den Parkplatz am Alten Bahnhof könne man bereits jetzt nutzen, obwohl der gastronomische Betrieb noch laufe. Wenn es gelinge, Komplementärmittel zu generieren, könne man ggf. weitergehende Maßnahmen einleiten. Dazu bedürfe es aber noch verschiedener Gespräche.

Herr Judt ergänzt, dass es am Alten Bahnhof derzeit faktisch keine Aufenthaltsmöglichkeit gebe; die Parkfläche Richtung LIDL solle optimiert werden. Es gebe Überlegungen, auf der Böschung Sitzmöglichkeiten zu schaffen, um auch hier Wohlfühlatmosphäre entstehen zu lassen.

Herr Riehle sagt, es sei wichtig, Erfolge zu erzielen, genauso wichtig sei aber auch die Einbeziehung des Stadtteils.

Herr Judt ergänzt, zunächst sollten Sportflächen markiert werden, danach die Sitzmöglichkeiten. Anschließend folge der Kiosk mit der nötigen Infrastruktur. Die Nutzung erfolge temporär, daneben solle geklärt werden, ob eine Bebauung möglich sei.

Herr Sprengler regt an, ein Weißbuch oder sonstige Form der Dokumentation aufzulegen bzw. wie die Information fließen könne.

Herr Götz spricht die temporäre Nutzung der Südlichen Platzhälfte an, nachdem entschieden wurde, dass der Neubau der Stadtbibliothek dort nicht erfolge. Die gastronomische Nutzung erfolge demnach bis 31.12.18, es sei gut, dass hier eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Dennoch wisse man nicht, wie sich das Gebiet mittel- bis langfristig entwickle. Von Interesse sei auch, ob das Institut für Deutsche Sprache dort tatsächlich das Haus der Deutschen Sprache errichten wolle und welches Raumprogramm diesem zugrunde liege. Es sei wichtig, Klarheit zu schaffen. Die Nutzung des Kaisergartens sei in der letzten Sitzung angesprochen worden; bei den Eigentümern habe zu dieser Zeit offenbar noch Gesprächsbedarf bestanden, so dass von Interesse sei, inwieweit hier ein Dialog mit der Kirche stattgefunden habe.

Herr Judt berichtet, dass es Gespräche mit dem Gesamtkirchenverband gegeben habe, eine formelle Entscheidung werde am 22.05. getroffen. Noch sei offen, ob ein Verkauf oder ein

Erbbaurecht erfolge, die Finanzierung ebenfalls noch nicht abschließend gesichert, wenn-
gleich er hier optimistisch sei.

Herr Drakul ergänzt, dass es mit dem Institut der Deutschen Sprache ebenfalls Kontakte
gegeben habe, dennoch könne man hierzu heute keine Aussage treffen.

Herr Schlichter begrüßt die Ausweisung des Sanierungsgebietes. Ihm sei bekannt, dass die
Katholische Gesamtkirchengemeinde den Kaisergarten gern einer neuen Nutzung zuführen
wolle, allerdings sei dazu auch eine kircheninterne Abstimmung nötig. Ihn interessiere, wann
die Wegebeziehung von der Alphornstraße zur Neckarvorlandstraße geschaffen werden sol-
le.

Herr Judt sagt dazu, dass die Stadtplanung derzeit prüfe, welche Möglichkeiten es hier gebe,
da in relativer Nähe bereits ein Überweg bestehe.

Frau Thome-Schäffner hält es für nötig, in Spiel- und Sportangebote zu investieren, die von
den Jugendlichen faktisch stärker nachgefragt werden als Bildungsangebote.

TOP:3
BBR-SV041/2018
Jugendhaus Erlenhof

Herr Hotz berichtet anhand einer Präsentation zur Vorlage. Das Jugendhaus, der seit 1952
betrieben werde, sei eine der ältesten Einrichtungen und stehe für Kontinuität und Verläss-
lichkeit. Insbesondere die integrierende Wirkung des Jugendhauses sei nachzuweisen. Man
verfüge über drei Personalstellen, verteilt auf fünf MitarbeiterInnen und Aushilfskräfte. Die
Angebote des Jugendhauses sollen allen Jugendlichen offen stehen, derzeit verfolge man
die Schwerpunkte Kreativität, Tanz, Medien, Bewegung und Natur. Im Jahr 2017 habe man
über 54.000 BesucherInnen gehabt, die Angebote leisteten dazu einen wesentlichen Beitrag.
Der Abenteuerspielplatz werde seit 1955 betrieben und aktuell von einer pädagogischen
Fachkraft betreut. In 2017 habe es ca. 35.000 Besuche gegeben.

Herr Stalf betont, dass der BBR Jugendhaus und Abenteuerspielplatz stärken wolle, gleich-
wohl müsse man hinterfragen, ob eine pädagogische Kraft auskömmlich sei, um weiter eine
so gute Arbeit zu leisten. Gleichwohl sei dem BBR bekannt, dass es haushalterische Gren-
zen gebe. Perspektivisch sei auch interessant, ob größere Instandhaltungsmaßnahmen er-
forderlich bzw. geplant seien. Zur Musikpädagogik sei von Interesse, ob es Planungen gebe,
z.B. einer Neuauflage des Projekts „Monnems Besche“.

Herr Schuster sagt, die Besuchszahlen lieferten wenig Aufschluss, so dass es interessanter
sein könne, eine Entwicklung über die letzten Jahre aufzuzeigen. Offen sei auch, inwieweit
mit der personellen Ausstattung die Integrationsarbeit so geleistet werden könne.

Herr Sprengler erkundigt sich nach dem Ansatz zur interkulturellen Arbeit bzw. der Integrati-
on.

Herr Hotz erläutert die Standards zur Personalausstattung. Zusätzlich gebe es noch eine Bezirksleitung für Jugendarbeit; die Personalausstattung sei gut, auch im innerstädtischen Vergleich. Ein Sanierungsprojekt für den Abenteuerspielplatz sei angeschlossen, die Wiederherstellung des Sees sei leider nicht möglich gewesen, man verfüge aber über einen Wasserzugang und ein Wasserspiel und eine Rutsche. Im Jugendhaus gebe es einen Mitarbeiter, der türkisch spreche und eine Mitarbeiterin, die bulgarisch spreche. Damit könne man nicht alle, aber doch viele Jugendliche, erreichen.

Frau Altmann ergänzt, dass dank neu eingeworbener Spenden durch den Förderverein möglicherweise ein Neuaufbau der Afrikahütte erfolgen könne. Die Jugendlichen erforderten teilweise viel Reglementierung, was die MitarbeiterInnen mitunter stark fordere.

Herr Hotz erklärt zur Erhebung der Besucherzahlen, dass man die Angebote zähle und die Zahl der Teilnahmen; im offenen Bereich gebe es Stichzählungen, die man hochrechne.

Herr Schuster erkundigt sich nach den Öffnungszeiten und der Möglichkeit der Nutzung des Sportplatzes.

Herr Hotz berichtet, dass künftig MitarbeiterInnen der Mobilen Jugendarbeit auf dem Sportplatz Erlenhof eine betreutes Fußballtraining anbieten werden und auch das Projekt der Los unterstützen werden. Bei zwei MitarbeiterInnen seien Stundenaufstockungen möglich, was neuen Spielraum biete. Die derzeit vakante Stelle werde vom Jugendhaus vertreten, solange sei aber die Öffnungszeit am Donnerstagabend reduziert.

Herr Götz lobt die wichtige Funktion des Erlenhofs und den Behandlung des Themas. Dennoch verwundere ihn, dass die Evaluation bzgl. Der Jugendhäuser nicht erwähnt worden sei, wo diese doch die tolle Arbeit des Erlenhofs bestätigt habe; dadurch könne man dazu beitragen, Diskussionen zum Erhalt der Jugendhäuser zu vermeiden. Von Interesse sei, wann die Besetzung der vakanten Stelle erfolgen könne. Wenn es gelinge, Mittel für den Abenteuerspielplatz und den Herzogenriedpark zu gewinnen, sei das für die Neckarstadt von großer Bedeutung.

Auch Herr Fojkar lobt die Arbeit und sagt, es sei wichtig, die Personalausstattung im Auge zu behalten, um den Bedarfen gerecht zu werden.

Herr Hotz erklärt zur Stellenbesetzung, man strebe eine Übergangslösung bis Jahresende an, danach solle es aber eine dauerhafte Besetzung mit einer Fachkraft geben.

Frau Altmann wirft ein, dass man sehr von den Städtebaufördermitteln profitiere, leider liefen diese in 2019 aus.

Eine Bürgerin bezeichnet den Erlenhof als wichtigen Anlaufpunkt; leider gebe es auch negative Dinge, z.B. Jugendliche, die sich nicht an Regeln hielten, freilaufende Hunde und damit einhergehende Verschmutzungen. Auch Drogenhandel und Vandalismus sei beobachtet worden. Der Bereich der Untermühlaustraße sei unzureichend beleuchtet.

Herr Riehle bedankt sich für die Hinweise, die leider dem Gremium nicht neu seien. Er schlägt vor, den nun anstehenden TOP 4 auf eine Stunde zu begrenzen.

TOP:4

X0180/2018

Videüberwachung und Kriminalstatistik für die Neckarstadt

Herr Maudanz erläutert die Kriminalstatistik, bezogen auf die Neckarstadt. Insgesamt sei ein Rückgang um 4,1% festzustellen, also ca. 11 % weniger als vor zwei Jahren. Das subjektive Empfinden sei möglicherweise anders. Die Statistik speise sich aus angezeigten Vorfällen, sei also dem Grunde nach eine Tatverdächtigenstatistik. Das Anzeigeverhalten der Bevölkerung habe sich jedoch verändert, daher gebe es auch Delikte, die von der Statistik nicht erfasst werden. 14.000 Einsätze des Reviers bedeuteten nicht die entsprechende Zahl von Delikten. In der Entwicklung habe es aber tatsächliche Verbesserungen ergeben. Die Aufklärungsquote sei über die Jahre etwa gleichbleibend. Gestiegen sei die Zahl der Hausfriedensbrüche; dies könne man auf Vorgänge in der LEA im Stadtteil zurückführen, damit in Zusammenhang stehe auch der Zuwachs bei Verstößen gegen Asyl- und Aufenthaltsgesetz. Auch bei den Raubdelikten gebe es leider einen Anstieg. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei zurückgegangen, da hier erhebliche Personalressource investiert worden sei. Auch eine Änderung des Strafmaßes habe hier zu einer Entschärfung beigetragen. Die Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenhandels führe man mit gleicher Intensität statt wie im Vorjahr, dennoch sei aufgrund der Jahreszeit eine Verlagerung von der Innenstadt Richtung Neckarwiese zu beobachten. Wichtig sei zu wissen, dass man die Statistik der Stadtteile untereinander aufgrund der unterschiedlichen Strukturen nicht möglich sei. Man wolle so weit wie möglich Präsenz zeigen, gerade auch in den Sommermonaten. Die personelle Ausstattung der Polizei sei nach wie vor verbesserungsbedürftig, aber nicht absehbar. Ebenso rufe man die Bevölkerung auf, Delikte weiterhin anzuzeigen, damit die Polizei Schwerpunkte feststellen und aktiv werden könne. Die rückläufigen Zahlen der Statistik seien auch auf das inzwischen greifende Gesamtpaket in der Neckarstadt zurückzuführen. Die Polizei könne nur versuchen, durch ihr Einschreiten und die Präsenz Vertrauen bei der Bevölkerung zu schaffen, um als Schiedsrichter im Stadtteil entsprechende Akzeptanz zu finden.

Herr Riehle dankt für den Vortrag, gibt aber zu bedenken, dass das subjektive Empfinden der Bevölkerung sich durchaus von den statistischen Erkenntnissen unterscheide.

Herr Staf erkundigt sich, inwieweit sich die dargestellten Straftaten bestimmten Personengruppen im Stadtteil, speziell Zuwanderern aus Südosteuropa, zuordnen ließen. Aus dem Netzwerk Wohnumfeld weist er darauf hin, dass es hier diverse Hinweise gebe, dass im Bereich von Spielplätzen und Schulen Delikte stattfinden, insofern sei auch hier von Interesse, inwieweit sich dies mit der Statistik decke.

Herr Dr. Schuler fragt nach der Erklärung hinsichtlich der Abweichungen zwischen Neckarstadt-West und -Ost.

Herr Dech wirft ein, die Zahlen sagten auch aus, welche gute Arbeit im Revier Neckarstadt geleistet werde. Für das Sicherheitsgefühl der Bürger sei die Aufklärungsquote bestimmter Delikte von erheblicher Bedeutung, so dass die Quote speziell für solche Delikte von Interesse sei. Ebenso stelle sich die Frage, ob es in Neckarstadt-Ost besondere Schwerpunkte gebe, auf die die Politik reagieren müsse. Da der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass die Polizei Mittel einsparen müsse, sei wichtig, inwieweit sich daraus Auswirkungen ergeben.

Herr Eberle erklärt, die Stadt sei nur für sog. Incivilities, also Ordnungsstörungen, zuständig. Eine Auswertung der Beschwerdedatenbank habe ergeben, dass aus N-West 42,3 Beschwerden, aus N-Ost 31,2 pro 1.000 Einwohner eingingen. Schwerpunkt sei hier der Bereich Innenstadt/Schwetzingenstadt mit 51,6 Beschwerden pro 1.000 Einwohnern. Entsprechend werde der Personaleinsatz des Fachbereichs geplant. Insgesamt habe man 36 Mitarbeiter im neuen Besonderen Ordnungsdienst, dem früheren KOD, 18 neue Stellen des Allgemeinen Ordnungsdienstes für die Vororte und einen Verkehrsordnungsdienst für Innenstadt und Neckarstadt, der dieses Jahr um elf Stellen erhöht werde. Ebenso verrichte der BOD (Besondere Ordnungsdienst) seinen Dienst nur in diesen Stadtteilen. Es sei bekannt, dass es in der Neckarstadt Störungen gebe, die man beseitigen müsse. Dem Verkehr solle besonderes Augenmerk gelten. Dazu müsse nach Ansicht der Verwaltung in der Neckarstadt Bewohnerparken eingerichtet werden. Zu den Überlegungen des LOS zähle auch die Klärung der Parkplatzsituation, beispielsweise über eine Parkpalette. Falschparken solle intensiv geahndet werden, hierbei wolle man neue Wege bestreiten und Abschleppungen selbst vornehmen, um entsprechende Störungen schneller und effektiver bearbeiten zu können. Das Modell werde derzeit intern berechnet und müsse mit der Verwaltungsspitze noch abgestimmt werden. Da die Beitreibung von Bußgeldern aus dem europäischen Ausland schwierig sei, wolle man in Bewohnerzonen bei deutschen Zulassungen Verwarnungen aussprechen, ausländische Zulassungen dagegen abschleppen. Ebenfalls noch nicht abschließend entschieden sei, ob der Container des Ordnungsdienstes vom Paradeplatz an den Neumarkt verlegt werde. Man befinde sich hierzu in Gesprächen.

Der Spielplatz Ackerstraße sei nicht als großes Problem bekannt, dagegen habe es beim Spielplatz Zehntstraße allein zwischen Januar und April 191 Überwachungseinsätze gegeben. Platzverweise seien in 14 Fällen beanstandeter Nutzung erteilt worden, aufgrund dieser sehr geringen Quote könne man hier jedoch in Anbetracht der benötigten Personalressource nicht aktiver tätig werden. Das Gelände der Humboldt-Schule werde in dem Zug mit überwacht, die Einzäunung dort sei gewünscht.

Zur Videoüberwachung sei eine europaweite Ausschreibung für Hardware und Installation erfolgt, man rechne mit etwa fünf Angeboten. Im Bereich Alter Messplatz solle die Installation nach Möglichkeit im Juli/August erfolgen, nach weiteren sechs Wochen sei eine algorithmusbasierte Überwachung möglich.

Herr Maudanz erklärt, dass es keine signifikanten Besonderheiten bei Straftaten von Personen aus Südosteuropa gebe. Die Humboldt-Schule diene immer wieder als Drogenumschlagplatz für Cannabis, dies sei ein bekanntes Problem, aber kein Phänomen der Neckarstadt. Ebenso ein Problem seien die Böller, über deren Herkunft könne man jedoch nichts sagen. Zu den Unterschieden in Neckarstadt-West und -Ost könne man das Beispiel der UMA nennen, die zahlreiche Diebstähle aus Fahrradkörben begangen haben; dieses Problem habe man recht gut eindämmen können. Eine ähnliche Situation habe es vor Jahren in einer vergleichbaren Einrichtung in Neckarstadt-West gegeben. Insgesamt ähnele sich die Lage in den Stadtteilen aber. Das Anzeigeverhalten sei auf die Herkunft der Personen zurückzuführen; komme man aus Ländern, in denen die Polizei und Behörden korrupt und nicht vertrauenswürdig seien, setze sich dies hier fort. Hätten die Bürger das Gefühl, die Polizei kümmere sich nicht, gehe das Anzeigeverhalten zurück. Zur Aufklärungsquote könne man festhalten, dass sich diese in Fällen, in denen entsprechende Kriminaltechnik habe eingesetzt werden können, quasi verdoppelt habe. Mehr Manpower und Technikeinsatz verbessere die Quote. Bei Delikten, die nicht angezeigt und daher von der Polizei nicht bemerkt würden, gehe die Quote dagegen gen Null. In Neckarstadt-Ost

gebe es einen Schwerpunkt im Bereich der NUB, vergleichbar der Neckarwiese in Neckarstadt-West.

Die angesprochenen Einsparmaßnahmen bei den Spritkosten sehe man recht entspannt, da man einsatzbezogen agiere. Dienststellen in ländlichen Gebieten seien hier stärker betroffen. Ein Problem seien jedoch die Ermittlungskosten, die müsse man kreativ sein, um Lösungen zu finden. Die Sicherung von Tatorten sei jedoch weiter von großer Bedeutung.

Herr Ulas erkundigt sich, ob die Zahlen der Statistik speziell zum Alten Messplatz aufgeschlüsselt werden könne. Man bedanke sich zwar für die Aussagen zur Videoüberwachung, halte die gegebene Information insgesamt dennoch für dürftig. Angesichts rückläufiger Zahlen der Delikte frage man sich, ob die Grundlage für eine Videoüberwachung überhaupt noch gegeben sei. Videokameras könnten persönliche Kontaktmöglichkeiten zu Polizei oder BOD nicht ersetzen.

Herr Riehle verweist darauf, dass der Gemeinderat die Einführung der Videoüberwachung beschlossen habe und insofern keine Diskussion erforderlich sei.

Herr Schuster ist der Meinung, die Präsenz der Ordnungskräfte sei zu wenig sichtbar, so dass das subjektive Sicherheitsgefühl weiterhin negativ sei.

Herr Götz kritisiert die Behandlung des Themas Videoüberwachung, seitens des BBR Neckarstadt-Ost habe man sich mehr Aufschluss zur rechtlichen Voraussetzung erwartet, da das Thema bisher nicht hinreichend behandelt sei. Der Gemeinderat habe finanzielle Mittel für die Videoüberwachung zur Verfügung gestellt. Wichtig sei aber, nun auch darzulegen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Videoüberwachung gegeben seien. Dies erwecke den Eindruck, dass Transparenz hier nicht gewünscht sei. Er könne noch mitteilen, dass die SPD-Gemeinderatsfraktion einer Verlegung des Containers an den Neumarkt zustimme, sollte dieser am Paradeplatz abgezogen werden.

Herr Eberle erklärt, er könne die Straftatenentwicklung der Jahre 2015-2017 vorlegen, die zeigen, dass die Videoüberwachung berechtigt sei.

Herr Sprengler spricht das Thema Prävention an und regt an, einen gemeinsamen Rundgang im Stadtteil vorzunehmen, um auf Erkenntnisse aus der Kriminalstatistik reagieren zu können.

Herr Maudanz berichtet, dass es im Revier einen Präventionssachbearbeiter gebe, der deliktsbezogen parallel zu den polizeilichen Ermittlungen tätig werde.

Frau Thome-Schäffner bedankt sich für die Überlegungen zum Bewohnerparken; problematisch finde sie, dass der Neumarkt zum Trinkertreff verkomme, der Platz aber gleichzeitig Schulweg sei. Hiergegeben müsse man vorgehen. Der Container des KOD, der am Neumarkt aufgestellt werden solle, solle bestenfalls auch mittags besetzt sein.

Herr Trüper schließt sich den Aussagen von Herrn Götz an; der Gemeinderat habe 800.000 EUR für die Anschaffung von Kameras beschlossen, sei ansonsten aber lediglich informiert worden. Daneben habe man die Auskunft erhalten, dass es sich um Landessache handle. Die Kameras registrierten fünf Bewegungsmuster, jedoch nicht Diebstähle, Drogenhandel und ähnliches, so dass man den Nutzen durchaus hinterfragen müsse. Das Abziehen des KOD-Containers vom Paradeplatz halte er für voreilig, da sich die Videoüberwachung zu-

nächst validieren müsse. Die Diskussion zur Erforderlichkeit der Videoüberwachung sei heute deutlich zu kurz gekommen.

Herr Riehle betont, dass der BBR Neckarstadt-West angeregt habe, auf dem Neumarkt eine Anlaufstelle des KOD einzurichten, insofern sei es gut, dass die Stadt entsprechend reagiere.

Herr Dr. Schäffner sagt, er würde es begrüßen, wenn der Container zu Zeiten besetzt sei, in denen die Incivilities stattfinden.

Herr Dech kritisiert nochmals, dass zu wenig Information über die Standorte und technische Ausgestaltung der Videoüberwachung fließe, zeitgleich aber ein ausführliches Interview des verantwortlichen Dezernenten in der Presse zu lesen sei.

Herr Riehle schlägt vor, seitens der Verwaltung eine Informationsveranstaltung vorzubereiten, in der die betroffenen BBR-Gremien zu gegebener Zeit über die Videoüberwachung informiert werden.

Herr Maudanz erklärt, die er sei auf das Thema Videoüberwachung nicht eingegangen, da man sich momentan noch in der Projektphase befinde. Ein Rückgang der Kriminalitätsrate, wie in der Statistik dargestellt, bedeute aber nicht zwangsläufig, dass Videoüberwachung nicht mehr erforderlich oder zulässig sei.

Herr Kreklau kommt darauf zu sprechen, dass auch ein sozialer Aspekt zu Tragen komme. KOD und Polizei bekämpften Symptome, erreichten aber nicht die Ursachen. Man müsse die Themen Sicherheit und Ordnung stärker in den Fokus rücken. Er bitte um nochmalige Erläuterung der Deliktszahlen der Innenstadt bzw. des dort betrachteten Gebiets.

Herr Schuler bezweifelt, dass Videoüberwachung dazu beitragen könne, die Kriminalitätsrate signifikant zu reduzieren. Auch die Informationsvorlage der Verwaltung liefere hier keine Erklärung, es seien viele Fragen offen.

Herr Ulas ergänzt dazu, dass 2/3 der Straftaten von der Videoüberwachung nicht erfasst werden könnten, insofern müsse geklärt werden, ob diese rechtens sei.

Frau Urbansky teilt mit, dass im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung erläutert worden sei, wie die Kameras funktionierten und diese lernend seien. Wichtig sei auch, dass die Bevölkerung wisse, wie diese funktionierten.

Herr Eberle verweist auf die Vorlage V450/2017, die das Thema umfassend beantworte, insofern sei ihm unklar, welche Fragen hier noch offen seien.

Herr Riehle rät nochmals dringend dazu, eine Informationsveranstaltung zu terminieren.

Herr Eberle erläutert zum Thema Bewohnerparken, dies sei von der Verwaltung zweimal vorgeschlagen und vom BBR abgelehnt worden; gern unternehme man aber hier einen erneuten Anlauf, wenn sich das Meinungsbild geändert habe. Der Container solle temporär einen bestimmten Zweck erfüllen, aber nicht Element der Stadtgestaltung sein. Der Trinkerszene am Neumarkt werde man sich annehmen und stärkere Präsenz zeigen, indem man die Dienstpläne des BOD entsprechend anpasse. Ggf. komme räumlich begrenzt auch ein Alkoholkonsumverbot in Betracht, die Hürden dafür seien aber sehr hoch.

Herr Maudanz erklärt zur sozialen Prävention, dass bei bestimmten Delikten entsprechendes Fachpersonal von städtischer Seite oder anderer Fachinstitutionen eingebunden werde, beispielsweise bei Delikten im häuslichen Bereich. Die Informationskette funktioniere hier auch wechselseitig.

Herr Riehle erinnert daran, dass der BBR Neckarstadt-West sich für die Einrichtung eines Runden Tisches „Soziales“ ausgesprochen habe.

Aus der Bevölkerung wird angemerkt, es sei wünschenswert, der Bevölkerung die Kriminalstatistik und die Informationen zur Videoüberwachung auch zugänglich zu machen. Lärm sei zwar kein Kriminalitäts-Schwerpunkt, dennoch solle man auch im Bereich von Ordnungswidrigkeiten über Präventionsmaßnahmen nachdenken. Ebenso stelle sich die Frage, es zutreffe, dass verstärkt dunkelhäutige Personen Ziel der Kontrollen auf Drogendelikten seien.

Herr Eberle teilt mit, dass man Ordnungswidrigkeiten, sofern sie bekannt seien, jederzeit nachgehe.

Herr Maudanz erklärt, es sei belegbarer Fakt, dass der Drogenhandel auf der Neckarwiese von der angesprochenen Personengruppe ausgehe und entsprechende Kontrollen insofern angemessen seien.

Ein Bürger erkundigt sich, wie sich die Personalausstattung im Revier Neckarstadt in den letzten Jahren entwickelt habe, da der Eindruck entstehe, dass es mitunter schwierig sei, eine Anzeige aufzugeben.

Herr Maudanz sagt, die Personalentwicklung sei bekanntermaßen nicht gut, dennoch werde jede Anzeige aufgenommen. Andernfalls könne man dies dem Polizeipräsidium mitteilen und Dienstaufsichtsbeschwerde einlegen. Eventuell könne man bis 2021 den Personalstand aus dem Jahr 2016 erwarten.

TOP:5

Anfragen / Verschiedenes

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor. Herr Riehle schließt den Tagesordnungspunkt und beendet die Sitzung.

- Ende der Sitzung -

ZUR BEURKUNDUNG

gez.
Stadtrat Thorsten Riehle
Sitzungsleitung

gez.
Christian Kreklau
Bezirksbeirat

gez.
Markus Sprengler
Bezirksbeirat

gez.
Ariane Damm
Schriftführerin